



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Christian Klingen, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2021;
hier: Planstellen VI – Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 17 Tit. 428 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 17 Tit. 428 01 wird der Ansatz von 25.772,1 Tsd. Euro um 15.000,0 Tsd. Euro auf 40.772,1 Tsd. Euro erhöht.

Von den zusätzlichen Mitteln werden neue Planstellen geschaffen.

Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 12 TG 54 – 56 (insbesondere Kap. 03 12 Tit. 633 55, Kap. 03 12 Tit. 633 56 und Kap. 03 12 Tit. 684 54) eingesparten Mitteln.

Begründung:

Angesichts der gestiegenen Zuwanderung in den vergangenen Jahren auf derzeit etwa 1,8 Mio. Asylbewerber und der zu erwartenden Zunahme an Kriminalität besonders in den Bereichen sexueller Nötigung/Vergewaltigung, sexueller Selbstbestimmung, Diebstahl oder Körperverletzung ist eine Erhöhung der Stellenzahl beim Landeskriminalamt dringend erforderlich. Um die Kosten der Entgelte der Arbeitnehmer für den gestiegenen Stellenbedarf zu decken, ist eine Erhöhung im Entwurf des Haushaltsplans 2021 vorzusehen.